

Pressemitteilung des ADFC zur 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplans für Regensburg

Der ADFC bedauert, dass die Auslegung des Entwurfs der 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplans weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit vor sich ging. Die Fortschreibung des 2004 erstellten Plans war nötig, da die Feinstaubbelastung der Luft in Regensburg 2005 und 2006 weiterhin über den zulässigen Grenzwerten lag.

Nur den günstigeren Wetterverhältnissen ist es wohl zuzuschreiben, dass die Grenzwerte für die Feinstaubkonzentration 2008 und 2009 eingehalten wurden. Die Werte für NO₂ wurden auch hier überschritten.

Der ADFC kann jedoch in dieser Fortschreibung keine weiteren Handlungsempfehlungen an die Stadt erkennen. Obwohl der Straßenverkehr nachweislich eine maßgebliche Quelle für die Feinstaub und NO₂ Belastung darstellt, fehlen nachdrückliche Handlungsempfehlungen den motorisierten Individualverkehr einzudämmen.

Der Radverkehr hat in Regensburg ein enormes Potential den motorisierten Individualverkehr zu vermeiden. Daher sollte die Förderung des Radverkehrs mehr Bedeutung gewinnen. Leider wird dies in der Fortschreibung des LRPs absolut vernachlässigt.

Für eine Steigerung des Fuß- und Radverkehrs muss eine attraktive Infrastruktur abseits hochbelasteter Trassen geschaffen werden. Dadurch verkürzen sich viele Wege in der Stadt und lassen sich problemlos mit dem Rad oder sogar zu Fuß erledigen.

So wird unter anderem nicht auf die große Bedeutung der seit langem angedachten Rad- und Fußbrücke über den Regen vom Gries nach Weichs hingewiesen. Gerade die schlechte Verbindung entlang der Frankenstraße über den Regen stellt für viele potentielle Radfahrer ein Hindernis für den Umstieg auf das Fahrrad dar. Auf dieser wichtigen und überlasteten Strecke wäre eine Verbesserung der Situation für Radfahrer und Fußgänger von großer Bedeutung. Daher ist es wichtig, dass auch von Seiten der Regierung mehr Druck auf die Stadt ausgeübt wird. Leider findet man jedoch im Entwurf nur eine Liste der Anregungen der AG Radverkehr, die ja zum Teil bereits von der Politik abgelehnt wurden.

Bürgerinnen und Bürger können noch bis einschließlich 10.09.2010 Einwendungen und Anregungen bei der Regierung der Oberpfalz einreichen.